

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 01.02.2023

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:15 Uhr
Sitzungsort: Elbe-Rossel-Halle, Mörikestraße 2, 06862 Dessau-Roßlau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 39 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird beschlossen (39:00:00).

- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 07.12.2022**

Die Niederschrift wird genehmigt (37:00:02).

- 4 Berichte des Oberbürgermeisters**

- 4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt**

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt bekannt, dass es zu Beginn des neuen Jahres nichts Wesentliches zu berichten gibt. Er gratuliert nachträglich denjenigen Stadträtinnen und Stadträte, die im Januar 2023 Geburtstag hatten.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt die in der Sitzung des Stadtrates am 07.12.2022 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekannt:

- Zustimmung zum Verkauf einer gewerblichen Baufläche mit aufstehendem Gebäude im Bereich des Gewerbegebietes Dessau-Mitte, Teilgebiet B1; Erteilung einer Belastungsvollmacht
- Beteiligung der DVV an der GIP Grundwasser Ingenieurbau-Planung GmbH Dresden
- Maßnahmebeschluss zur Ersatzbeschaffung von zwei CT-Systemen und einem MRT-System einschließlich der erforderlichen Umbaumaßnahmen in der Klinik für diagnostische und interventionelle Radiologie sowie Neuroradiologie

4.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt bekannt, dass im Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen getroffen wurden.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr

Herr S. B. erhält das Wort und fragt, wie die Mitglieder des Stadtrates die Richtigkeit der Niederschriften bestätigen können, wenn diese zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht erstellt wurden. Die Niederschriften werden erst einen Tag nach der Bestätigung im Stadtrat als erstellt deklariert.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, erklärt, dass die Niederschriften erstellt und den Stadträten zur Verfügung gestellt werden. Die Stadträte prüfen dann die Richtigkeit und stimmen darüber in der nächsten Sitzung ab. Somit kann die Niederschrift frühestens am Folgetag der Sitzung, in dem die Niederschrift bestätigt wurde, für die Öffentlichkeit erstellt werden. Wenn bezüglich der Niederschrift die Geschäftsordnung nicht eingehalten wird, müsste sich ein Stadtrat darüber beschweren. Bis dato liegen ihm keine Beschwerden vor.

Herr S. B. verweist darauf, dass eine Niederschrift nach Unterschrift und erfolgter Abstimmung eine Urkunde ist, die im Nachgang nicht geändert werden kann und fragt, wieso es im Nachgang dann Änderungen gibt.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, entgegnet, dass ihm ein derartiger Fall nicht bekannt ist.

Auf die Bemerkung von Herrn S. B. eingehend, dass die Niederschriften, wenn sie später erstellt werden, nicht zur Abstimmung vorliegen, erwidert **Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, dass heute über die Niederschrift der letzten Stadtratssitzung abgestimmt wurde.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen
6.1 Sechzehnter Beteiligungsbericht der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: IV/076/2022/II-20BTM

Der Beteiligungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

6.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, stellt an **Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren**, die Frage, wann mit der Bestellung eines Kinder- und Jugendbeauftragten zu rechnen ist. Der entsprechende Beschluss wurde bereits vor zwei Jahren gefasst.

Weiterhin bezieht sich **Herr Hoffmann** auf den Beschluss zur Erarbeitung einer Ehrenamtsstrategie aus dem Jahr 2021. Die ehrenamtlich Tätigen warten auf die Realisierung einer Ehrenamtsbörse und/oder Kontaktstellen in diesem Bereich. Er stellt die Frage, wann mit der Umsetzung dieser Beschlüsse zu rechnen ist.

Derzeit wird die Ehrenamtsstrategie von der Mitarbeiterin für Bürgeranliegen bearbeitet, erwidert **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**. Organisatorisch ist dieser Bereich bisher im Dezernat des Oberbürgermeisters angesiedelt. Künftig soll das aber vom Sozialdezernat bearbeitet werden.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, geht auf die Anfrage zur Bestellung des Kinder- und Jugendbeauftragten ein und teilt mit, dass der Antrag bereits dem Personalamt vorliegt und die Stelle in nächster Zeit ausgeschrieben wird.

Frau Dammann, 1. Stellvertreterin des Stadtratsvorsitzenden und Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, bittet um Einladung der betreffenden Ortschaften, wenn die Untersuchungsräume für Windenergie auf der Tagesordnung der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld stehen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sagt zu, dass die betreffenden Ortschaften zu diesem Termin eingeladen werden.

Herr Fricke, Fraktion SPD, geht auf das Thema Verbrennen von Weihnachtsbäumen ein und verweist auf das Schreiben des Umweltbundesamtes, in dem die Rechtslage zutreffend dargestellt wurde. Weihnachtsbäume sind Abfall und unterliegen den Regelungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG), was mit Brauchtfest nichts zu tun hat. Die Untere Abfallbehörde kann eine Ausnahmegenehmigung erteilen. Wenn das geschehen soll, dann nicht durch eine Pressemitteilung des Oberbürgermeisters, sondern durch ein Verwaltungsverfahren.

Weiterhin bezieht sich **Herr Fricke, Fraktion SPD**, auf die Abgabe der Grundsteuererklärung, deren Frist am 31.01.2023 endete und stellt die Frage, ob die Stadt Dessau-Roßlau für ihre Immobilien und Grundstücke die Erklärung fristgemäß an das Finanzamt übermittelt hat. Bezogen auf den Datenrücklauf vom Finanzamt, der eine Tendenz zulässt, wie sich das auf die tatsächliche Höhe der neuen Grundsteuer auswirkt, bittet er um Aussagen.

Abschließend bezieht sich **Herr Fricke, Fraktion SPD**, auf den Artikel von Herrn Mrosek im letzten Amtsblatt, in dem die Oury Jalloh Demonstration zum Anlass genommen wird, allgemeine politische Ausführungen zu machen. Diese Art der menschenverachtenden Darstellung ist beschämend und sollte in Zukunft nicht zugelassen werden.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, geht auf eine Beantwortung einer Anfrage der Landtagsabgeordneten Cornelia Lüddemann zum Georgium ein, deren Formulierung Fragen aufwirft. In dem Schreiben heißt es, dass die Stadt Dessau-Roßlau bei einer Übertragung auf die Stiftung eine anteilige Finanzierung am laufenden Betrieb zugesagt hat. Dieser Verhandlungsstand ist ihm neu, weshalb er um Klärung durch den Oberbürgermeister bittet.

Weiterhin bezieht **Herr Fackiner** auf den geplanten Abriss des Wohnblockes in der Ferdinand-von-Schill-Straße. Der Presse ist zu entnehmen, dass es ein unternehmerisches Interesse an diesem Wohnblock gibt. Er fragt, ob das bekannt ist und wie damit umgegangen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck legt bezüglich des Antwortschreibens zum Georgium dar, dass die Zusage einer Finanzierung zum laufenden Betrieb durch die Stadt Dessau-Roßlau auf einen Vorschlag der Stadt zu Beginn der Sondierungsgespräche basiert. Es wurde damals ein Finanzierungsmodell erarbeitet und vorgestellt, das die Möglichkeiten der Entlastung beinhaltet. Eine Einigung hat diesbezüglich noch nicht stattgefunden. Die Gespräche dauern weiterhin an, da die Übertragung der Vermögensgegenstände noch nicht geklärt ist.

Auf die Frage von Herrn Fackiner eingehend, bestätigt **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**, auch als Aufsichtsratsvorsitzender der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft, dass bekannt ist, dass ein Dessauer Unternehmer Interesse am Wohnblock in der Ferdinand-von-Schill-Straße bekundet hat. Es liegt ihm und der DWG eine entspre-

chende Anfrage vor. Wie mit solchen Anfragen umgegangen wird, ist eine Entscheidung des Aufsichtsgremiums, das dazu noch beraten muss.

Auf die Fragen von Herrn Fricke zur Grundsteuer eingehend, bittet **Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung**, um Beantwortung durch Frau Wirth.

Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen, erhält das Rederecht und führt aus, dass sie zur fristgemäßen Abgabe der Grundsteuererklärung noch nichts sagen kann und deshalb eine Antwort nachgereicht wird. Zur Berechnung der Grundsteuer legt sie dar, dass die Stadt noch keinen Messbescheid in digitaler Form vom Finanzamt erhalten hat. Dieser ist Voraussetzung für die Berechnungen, damit festgestellt werden kann, welcher Hebesatz geeignet ist, um die Aufkommensneutralität bei der Grundsteuererhebung mit den neuen Grundsteuerwertberechnungen herzustellen. Die Schnittstelle der Stadt ist errichtet und somit die Voraussetzung für die digitale Übertragung gegeben.

Frau Bürgermeisterin Lohde ergänzt, dass sie prüfen wird, ob die Grundsteuererklärungen für städtische Immobilien fristgerecht dem Finanzamt gemeldet wurden und gibt die Antwort darauf in schriftlicher Form.

Herr Gebhardt, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, verweist auf einen unzumutbaren Zustand. Im Bereich Törten kam es in letzter Zeit wieder zu starken Schäden am Deich, die durch Wildschweine verursacht wurden. Nur der Stadtjäger darf auf einem Deich schießen. Dieser ist aber nur bis 21:00 Uhr im Amt. Das Schwarzwild verursacht die Schäden außerhalb dieser Zeit. Er stellt die Frage, wie die Stadt dieses Problem lösen will.

Frau Bürgermeisterin Lohde sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, geht auf die Baustelle in der Mannheimer Straße ein und fragt, ob es Zeitverzögerungen gibt und wann die Eröffnung der Straße angedacht ist.

Frau Bürgermeisterin Lohde entgegnet, dass schon eine entsprechende Veröffentlichung in den Printmedien erfolgt ist und die Baumaßnahmen drei Monate früher als geplant enden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, geht auf die Auswertung des Museumskonzeptes (Zukunftsmodell für das neue Museum in Dessau-Roßlau) im Ausschuss für Kultur und Sport ein und lädt die Mitglieder des Ausschusses für Bauen, Stadtgrün und Mobilität am 15.04.2023 zu einer Busreise nach Lüneburg ein. Dort gibt es eines der fortschrittlichsten Museumskonzepte in Deutschland, was auf das Vorhaben unserer Stadt passt.

Auf den Redebeitrag von Herrn Fricke zum Artikel von Herrn Mrosek im Amtsblatt eingehend, bittet **Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke**, die Fraktionen darum, im Vorfeld die Artikel zu prüfen.

An den Oberbürgermeister gerichtet fragt **Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke**, wer eine Landesregierung in einer Regierungskoalitionsvereinbarung befugt, über fremdes Eigentum zu bestimmen.

Es geht nicht um den Verkauf von Vermögensgegenständen, sondern um die Bewahrung eines Weltkulturerbes, erwidert **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**. Der Koalitionsvertrag ist natürlich nicht verfügend über fremdes Vermögen. Die eine Seite ist der Vermögenswert der Sammlung, die andere Seite ist die Pflege und der Unterhalt. Geregelt werden soll die Betreibung, die Bewahrung und die Vermittlung des Erbes.

Herr Adamek, Fraktion CDU, verweist bezüglich der Anfrage von Herrn Ratzmann zur Fertigstellung der Mannheimer Straße auf die Nennung des Datums im Fachausschuss. Da das entsprechende Mitglied heute anwesend ist, bittet er darum, solche Dinge in den Fraktionen zu besprechen. Er legt dar, dass der hintere Teil der Mannheimer Straße bis zum Scherbelberg nicht weiter ausgebaut wird, da das auch nicht geplant war.

An **Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren**, gerichtet bittet **Herr Adamek, Fraktion CDU**, um den aktuellen Sachstand zu den Schulsozialarbeitern: aktuelle Besetzung, welche Schulen sind versorgt, welche Schulen sind unterversorgt und wo muss noch nachgebessert werden. Eine Auflistung per E-Mail würde allen einen Überblick verschaffen.

Frau Hachmann sagt eine schriftliche Aufstellung zu.

Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, bittet ebenfalls um Zusendung der Übersicht zu den Schulsozialarbeitern. Er bezieht sich des Weiteren auf den Redebeitrag von Herrn Hoffmann zum Besetzungsverfahren des Kinder- und Jugendbeauftragten und fragt, wann mit einer Besetzung der Stelle zu rechnen ist, ob es eine Prioritätensetzung bei den Stellenausschreibungen der verschiedenen Ämter gibt, wie lange das Personalamt bis zur Veröffentlichung der Stellenausschreibung braucht und wann die Stelle frühestens besetzt werden kann.

Herr Oberbürgermeister Reck geht davon aus, dass alle Anträge für die Stellenbesetzung gestellt sind. Es gibt nach wie vor eine Prioritätensetzung und da kommt Pflicht vor Freiwillig.

Frau Bürgermeisterin Lohde ergänzt und versichert Herrn George, dass alle Stellenbesetzungen wichtig sind und zur Geltung kommen. Eine zeitnahe Lösung sichert **Frau Beigeordnete Hachmann** zu.

Herr Adamek, Fraktion CDU, bezieht sich auf das Thema der Sanierung der Ferdinand-von-Schill-Straße und erklärt, dass es wichtig ist, mit der Sanierung zu beginnen und nicht neu zu überdenken. Wenn es um einen möglichen Verkauf von Gebäuden geht, dann sollte miteinander darüber gesprochen werden. Vielleicht entsteht dort ein neuer, interessanter Wohnraum. Er hat Verständnis dafür, dass die DWG nicht unbedingt an einen Mitbewerber verkaufen möchte, aber um etwas Neues entstehen zu lassen im Herzen unserer Stadt, sollte darüber nachgedacht werden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, führt zum Thema des Kinder- und Jugendbeauftragten aus, dass das Modell der Beteiligung junger Leute in dem demokratischen Prozess dieser Stadt seit etwa 5 Jahren läuft und noch immer nicht umgesetzt ist. Er fragt, warum das bisher nicht erfolgt ist, wann die Ausschreibung fertig ist und wann mit der Stellenbesetzung gerechnet werden kann.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, verweist auf ihre bis dato nicht besetzte Stelle, weshalb es keinen Antrag gab. Mittlerweile wurde dieser Antrag gestellt. Es gibt Unterstützung seitens der Abteilungsleiterin für Personalangelegenheiten und eine gute Zusammenarbeit mit dem Leiter des Jugendamtes. Einen genauen Termin zur Besetzung der Stelle kann sie nicht nennen, jedoch soll eine zeitnahe Umsetzung erfolgen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck legt dar, dass seitens der zuständigen Ämter an diesem Thema gearbeitet wird und die nächsten Schritte in gründlicher Vorbereitung sind.

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes erscheinen Herr Dr. Hofmann, Fraktion CDU, Herr Lieschke, Fraktion Die Linke, Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste und Frau Perl, Fraktion SPD, zur Sitzung. (43)

7 Beschlussfassungen

7.1 Aufhebung des Hygienekonzeptes

Vorlage: FV/002/2023/V-StR

Beschluss:

Der Stadtrat hebt das beschlossene Hygienekonzept FV/014/2021/CDU vom 08.12.2021 sowie dessen Änderung in der Stadtratssitzung am 27.04.2022 ersatzlos mit sofortiger Wirkung auf.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

7.2 Rücktritt und Neuwahl eines stimmberechtigten Mitglieds des Jugendhilfeausschusses sowie Rücktritt und Neuwahl des Stellvertreters **Vorlage: BV/441/2022/I-07**

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herrn Rumpf**, unterbreitet den Vorschlag, die **Wahl offen durchzuführen**. Seitens der Stadträtinnen und Stadträte wird zu dieser Verfahrensweise **kein Widerspruch** eingelegt.

Herr Tobias Nahlik wird als stimmberechtigtes Mitglied und Frau Diana Schulz als Stellvertreterin in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis: 42:00:01

7.3 Entscheidung über die Sitzverteilung und Besetzung im Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt **Vorlage: BV/442/2022/I-07**

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, gibt die für den Ausschuss Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt benannten Mitglieder bekannt:

Fraktion CDU: **Herr Florian Kellner**
Herr Mike Jüling

Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste:

Frau Isolde Grabner
Herr Christoph Kaßner

Fraktion AfD: **Herr Burkhardt Ratzmann**

Fraktion Die Linke: **Lutz Fessel**

Fraktion SPD: **Michael Fricke**

Fraktion Pro Dessau: **Marco Egelkraut**

Freie Fraktion: **Günther Dreibrodt**

Zur **Berufung als Sachkundige Einwohner** werden benannt:

Fraktion CDU: **Enrico Schammer**

Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste: **Jörg Engler**

Fraktion Die Linke: **Heiko Nickel**

Die Fraktion AfD wird zu einem späteren Zeitpunkt ein Mitglied zur Berufung als sachkundigen Einwohner benennen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage befindliche Sitzverteilung und anschließende Besetzung für den Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt.

Abstimmungsergebnis: 42:00:01

7.4 Beitritt Stadt Dessau-Roßlau zur Initiative Klischeefrei
Vorlage: BV/407/2021/I-GSB

Nach der Vorführung eines Kurzfilmes sprechen sich **Herr Ratzmann, Fraktion AfD, und Herr Adamek, Fraktion CDU**, gegen den Beitritt zur Initiative Klischeefrei aus, mit der Begründung, dass das in der Beschlussvorlage Beschriebene bereits gelebter Alltag ist und in der Stadtverwaltung umgesetzt wird. Die Zeiten, in denen jemand in ein Berufsbild gezwungen wurde, sind lange vorbei. Den Jüngsten der Gesellschaft, den 3-4jährigen Kindern, sollte keine Beeinflussung auferlegt werden. Insgesamt wird kein Mehrwert für die Stadt gesehen.

Für den Beitritt zur Initiative sprechen sich **Herr Geiger, fraktionsloses Mitglied**, (Verweis auf den Christopher Street Day) **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, (Initiative ermöglicht den Kindern sich selbst zu entdecken) und **Frau Perl, Fraktion SPD**, (niedriger Frauenanteil im Stadtrat, Ausnahme von Frauen bei Auszeichnungen der Stadt), aus.

Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, erklärt, die Wortmeldungen bestätigen die Dringlichkeit eines Kinder- und Jugendbeauftragten.

Beschluss:

Die Stadt Dessau-Roßlau tritt der Initiative Klischeefrei bei, um für eine geschlechterneutrale Berufs- und Studienwahl einzutreten und junge Menschen darin zu bestärken berufliche Interessen hinter Rollenstereotypen zu stellen. Mit dem Beitritt zur Initiative unterstützt die Stadt Dessau-Roßlau das bundesweite Vorhaben und bekennt sich zu einer geschlechterunabhängigen Berufs- und Studienwahlorientierung.

Abstimmungsergebnis: 27:12:04

- 7.5 2. Novellierung des Maßnahmebeschlusses BV/243/2020/IV-41 vom 14.10.2020; Sanierung des Blumengartenhauses im Park Georgium zur Unterbringung der Museumspädagogik der Anhaltischen Gemäldegalerie**
Vorlage: BV/370/2022/III-65

Beschluss:

Der Gesamtausgabebedarf für die Sanierung des Blumengartenhauses erhöht sich von 1.282.500 € um 131.500 € auf 1.414.000 €.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

- 7.6 Novellierung des Gesamtmaßnahmebeschlusses**
Umbau und Erweiterung der Bürgerinformation zum zentralen Bürgeramt sowie Maßnahmebeschluss für die Ausstattung Bürgeramt / Gestaltungskonzept
Vorlage: BV/374/2022/III-65

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, Herr Fricke, Fraktion SPD, und Herr Adamek, Fraktion CDU, bitten das zuständige Dezernat um Erklärungen bezüglich der immens gestiegenen Kosten. Dargestellt werden soll, wie die vorherige Planung war, was neu ist, wie die alte Planung ohne diese Kostensteigerung aussieht und der Grund, warum von der alten Planung abgewichen wurde.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, verweist auf die Behandlung der Beschlussvorlage in zwei Ausschüssen, in denen nur die Frage bestand, das Corporate Design zu erfragen. Hierzu wird es einen Termin mit dem Stadtmarketing geben. Die Mitglieder beider Ausschüsse haben einstimmig der Beschlussvorlage zugestimmt. Die Bauausgaben sind durch die vorgenommene Umplanung um 30% gestiegen, was eine nachvollziehbare Relation ist. Sie bittet darum, so etwas professionell in den Fachausschüssen zu diskutieren.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, und Herr Fricke, Fraktion SPD, bitten Frau Lohde, die wesentlichen Aspekte der Kostensteigerung zu nennen.

Er hat die Erklärungen im Ausschuss gehört, bemerkt **Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste.** Dass die Ausgaben ständig steigen und der Stadtrat das beschließen soll, löst eine gewisse Unruhe aus. Die Fraktion hat sich aber dazu entschieden, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Als Mitglied des Bauausschusses hat er diese Angelegenheit von Anfang an verfolgt, legt **Herr Tschammer, Fraktion SPD**, dar. Durch eine entsprechende Gestaltung ein gewisses Niveau in diese Angelegenheit zu bringen, ist man den Bürgern und dieser Stadt schuldig. Die Fachausschüsse sollten nicht als bloße Empfehlungsvereinigungen degradiert werden. Der Beschlussvorlage sollte zugestimmt werden.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, schlägt vor, zukünftig bei solchen Beschlussvorlagen eine ausführliche Einführung in den Sachverhalt zu geben. Erläuternd legt sie einige Ursachen für die Kostensteigerungen dar, wie Rückbau- und Anpassungsmaßnahmen, Verschiebung der Eingangstür (Automatik und Sicherheitsanforderungen), zusätzliche Forderung eines Luftschleiers, zusätzliche Sicherheitsanforderung des Versicherers ÖSA, Trockenauleistungen, unvorhergesehene Arbeiten bei den Fußbodenaufbauten, Fußbodenheizung, zusätzliche Tischlerarbeiten. Es gibt jetzt eine dem Raum angepasste Einbaueinrichtung (Tresen, Abteilungen für Arbeitsplätze, Sitzecke für Kunden). Das führt zu Kosten von insgesamt 510.000,00 Euro, was eine Steigerung von 95% bedeutet.

Beschluss:

1. Der Umbau und die Erweiterung der Bürgerinformation zum zentralen Bürgeramt im Erdgeschoß im Rathausneubau werden unter neuen gestalterischen Gesichtspunkten auf der Grundlage der beiliegenden Entwurfsplanung mit Kosten in Höhe von 1.147.000,00 Euro (brutto) beschlossen. Der Gesamtausgabebedarf für die Umbaumaßnahme neues zentrales Bürgeramt (BV/006/2020/III-65) erhöht sich (ohne Umbau 1. OG) von 869.500 Euro um 277.500,00 Euro auf 1.147.000,00 Euro.
2. Die im Zusammenhang mit der Umbaumaßnahme gewünschte Ausstattung des zukünftigen Bürgeramtes wird mit einer Gesamtausgabe in Höhe von 510.000,00 EUR beschlossen. Der Gesamtausgabebedarf für die Ausstattung erhöht sich gemäß Gestaltungskonzept von 28.000,00 EUR um 482.000,00 EUR auf insgesamt 510.000,00 EUR.

Abstimmungsergebnis: 34:02:07

Herr Focke, Fraktion CDU, verlässt nach der Abstimmung der Beschlussvorlage die Sitzung. (42)

7.7 Fortschreibung Einzelhandels- und Zentrenkonzept – Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung **Vorlage: BV/385/2022/III-61**

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck weist darauf hin, dass sich die Ortschaften im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung noch einbringen können.

Der Ortschaftsrat Mosigkau kann die Formulierung des Nichthandelsstandortes für Mosigkau nicht hinnehmen, da die Ortschaft, wie im Konzept festgestellt, bei den Waren des täglichen Bedarfes bereits unterversorgt ist, führt **Herr Jacob-Uwe Weber, Ortsbürgermeister von Mosigkau**, aus. Diese Situation besteht, weil ein Handelsstandort nicht an den Ausfallstraßen stattfinden kann. Es ist also zu prüfen, ob an den Ausfallstraßen von Mosigkau ein Handelsstandort errichtet werden kann.

Frau Dammann, 1. Stellvertreterin des Stadtratsvorsitzenden und Mitglied der Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, schließt sich den Ausführungen von Herrn Weber an und bemängelt, dass die Bürger nur 30 Tage Zeit haben, darüber zu befinden, wie mit dem Konzept umgegangen wird. Mit dem Passus, dass Mosigkau ein entfallendes Nahversorgungsgebiet ist, ist sie nicht einverstanden. Dem Entwurf kann sie nicht zustimmen.

Die vorgebrachten Probleme der Vorredner kann eine Stadt aus sich heraus nicht lösen, da man sich dem üblichen Handeln der Handelsriesen unterwerfen muss, stellt **Herr Tschammer, Fraktion SPD**, fest. Die Stadt hat abzuwägen, was im Zentrum noch gemacht werden soll. Das Freigeben von Ausfallstraßen, besonders in Autobahnnähe, ist für die Handelsunternehmen angenehm, jedoch gebe es keine Innenstadt mehr. Die Meinung, dass der Ortsteil Mosigkau abgehängt ist, kann er nicht teilen. Auch reichen die 30 Tage für eine Öffentlichkeitsbeteiligung aus. Der Beschlussvorlage sollte zugestimmt werden.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, legt als **Ortsbürgermeister von Rodleben** dar, dass die Ortsbürgermeister wissen, dass es den Ortschaften nur gut gehen kann, wenn es der Stadt gut geht. Genauso ist es auch umgedreht, der Stadt geht es nur gut, wenn es den Ortschaften gut geht. Es muss auf beides Wert gelegt werden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bemerkt, eine Stadt entwickelt sich von innen nach außen. Der Entwurf gibt die Möglichkeit, über vieles neu nachzudenken und zu gestalten. Kopfzerbrechen bereiten ihm aber die 30 Tage. Wenn Ortschaften und Quartiere in die Diskussion eingebunden werden sollen, wird ein längerer Zeitraum benötigt, um das zu diskutieren. Die Quartiere sollten mitgenommen und die Zeit verdoppelt werden. Wenn es darum geht, die Innenstadt zu stabilisieren, verlangt es von jedem den Blick auf die realen Dinge des Alltages.

Herr Schmidt, Abteilungsleiter Städtebau und Planungsrecht, erhält das Rede-recht und erklärt, dass das Thema Nahversorgung im Einzelhandel- und Zentrenkonzept eine wichtige Angelegenheit war und das Thema Nahversorgung aufgewertet wurde. Zukünftig sollen insbesondere mehr Regionalläden gefördert werden. Auf den Diskussionszeitraum eingehend, verweist er auf die im Konzept stehende Formulierung „**mindestens 30 Tage**“ und dass dieser **Zeitraum verlängert werden kann**. Mit innovativen Beteiligungsformaten soll mehr Öffentlichkeit erreicht werden, wo-rüber im nächsten Amtsblatt ausführlich berichtet wird.

Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, stellt die Fragen, wie eingehende konstruktive Beiträge zu diesem Konzept bearbeitet werden, wie fließt das ein und wie wird das weiter diskutiert.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erwidert, dass diese Dinge zusammengetragen und im Rahmen einer Würdigung abgewogen werden, was der übliche Weg ist. In der Abwägungstabelle ist ersichtlich, welche Beiträge übernommen wurden und wel-che nicht. Jede Anregung wird ernsthaft geprüft.

Nach dem Hinweis von **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**, zur Erhöhung des Diskussionszeitraumes von 30 auf 60 Tage, verweist **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** darauf, dass die Formulierung „**mindestens 30 Tage**“, **60 Tage nicht aus-schließt**. Wenn mindestens 30 Tage beschlossen werden, können trotzdem 60 Tage dabei herauskommen.

In der Vorlage steht die Dauer für einen Monat, mindestens jedoch 30 Tage, so dass eine Verlängerung beschlossen werden muss, führt **Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste** aus.

Er hat mit zwei Monaten kein Problem, entgegnet **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**. Es sollte ein Änderungsantrag formuliert werden, worum auch der **Ortsbür-germeister von Mosigkau, Herr Weber**, bittet.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, schlägt den 1. April als Termin für die Öff-entlichkeitsbeteiligung vor.

Herr Schmidt, Abteilungsleiter Städtebau und Planungsrecht, verweist auf die Veröffentlichung im Amtsblatt im März 2023. Er befürwortet den 1. April nicht, son-dern verweist auf das Angebot des Einreichers, länger als 30 Tage die Öffentlich-keitsbeteiligung anzubieten. Im Amtsblatt wird mit den entsprechenden Beteiligungs-formaten darüber informiert, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung mehr als 30 Tage garantiert wird.

Nach den Aussagen von Herrn Schmidt, zieht Herr Schönemann seinen Vorschlag zurück.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, stellt zusammenfassend fest, dass nach der Beschlussfassung die Veröffentlichung im nächsten Amtsblatt am 1. März 2023 erfolgen wird und ab dann die „mindestens 30 Tage“ zählen, die sich verlängern können, je nachdem wie die Ortschaften eingebunden werden.

Beschluss:

1. Der in der Anlage 2 beigefügte Entwurf des Zentren- und Einzelhandelskonzeptes der Stadt Dessau-Roßlau wird gebilligt und zur öffentlichen Auslegung in Analogie zu § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und zur Behördenbeteiligung in Analogie zu § 4 Abs. 2 BauGB bestimmt. Die öffentliche Auslegung wird beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss sowie die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit ortsüblich bekannt zu machen. Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung und die auszulegende Unterlage sind zusätzlich auf der Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau einzustellen.

Abstimmungsergebnis: 36:02:04

7.8 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 64 "Wohnmobilstellplatzanlage am Hermann-Wäschke-Weg" – Billigungs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/421/2022/III-61

Herr Geiger, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, gibt zu bedenken, dass aus der Planung relativ wenig hervorgeht, was die Infrastruktur und vor allem den öffentlichen Nahverkehr anbelangt, was nachgebessert werden sollte.

Beschluss:

1. Die in den Anlagen 2 bis 6 beigefügten Entwürfe
 - des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 64 "Wohnmobilstellplatzanlage am Hermann-Wäschke-Weg" in der Fassung vom 15.11.2022,
 - der dazugehörige Begründung mit Umweltbericht (Anlage 3),
 - des Vorhaben- und Erschließungsplans (Anlage 5),
 - des Durchführungsvertrags (Anlage 6),

werden gebilligt. Zusammen mit den in den Anlagen 3.1 und 4 aufgeführten Unterlagen werden sie zur öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und zur Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB bestimmt. Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wird beschlossen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss sowie die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit ortsüblich bekannt zu machen. Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung und auszulegenden Unterlagen sind zusätzlich auf der Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau einzustellen und über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich zu machen.

Abstimmungsergebnis: 42:00:00

7.9 2. Änderung des Flächennutzungsplanes Roßlau "Wohnmobilstellplatzanlage am Hermann-Wäschke-Weg" – Billigungs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/422/2022/III-61

Beschluss:

3. Der in der Anlage 2 beigefügte Entwurf der 2. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) für den Stadtteil Roßlau in der Fassung vom 15.11.2022 und die dazugehörige Begründung mit Umweltbericht (Anlage 3) werden gebilligt. Zusammen mit den in den Anlagen 3.1 und 4 aufgeführten Unterlagen werden sie zur öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und zur Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB bestimmt. Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wird beschlossen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss sowie die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit ortsüblich bekannt zu machen. Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung und auszulegenden Unterlagen sind zusätzlich auf der Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau einzustellen und über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich zu machen.

Abstimmungsergebnis: 42:00:00

Der öffentliche Teil der Sitzung wird beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

9 Schließung der Sitzung

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, schließt um 18:15 Uhr die

Dessau-Roßlau, 08.11.23

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer